Satzung des Vereins "Young Generation" in der Fassung vom 11.9.1999

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "**Young Generation**" Ferien- und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche e.V. Er ist in das Vereinsregister eingetragen. Sitz des Vereins ist Frankenthal.

§ 2 Zweck und Aufgabe

(1) Zweck des Vereines ist die Entwicklung von kinder- und jugendspezifischen Angeboten für den Freizeitbereich, für freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe, Gruppen, Vereine und Verbände, sowie die Durchführung eigener Maßnahmen. Dazu gehören insbesondere:

- Angebote von Kinder- und Jugendfreizeitmaßnahmen im In- und Ausland
- Vermittlung von Freizeiteinrichtungen für Vereine, Verbände und Institutionen
- Schulung von Freizeitbetreuern
- Erarbeitung und Bereitstellung von Arbeitsmaterialien für die Freizeitarbeit
- Beschaffung und Bereitstellung von Zelten, Fahrzeugen usw.
- Hilfen bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen im Freizeitbereich
- Gewährung von Zuschüssen

Der Verein kann zur Realisierung dieser Aufgaben eigene Einrichtungen unterhalten.

(2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

(3) Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zwecke des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßige Vergütungen oder auf sonstige Weise begünstigt werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 3 Mitgliedschaft

- (1)** Mitglieder im Verein können natürliche und juristische Personen werden, die bereit sind, die Ziele des Vereins zu unterstützen und ihren satzungsgemäßen Pflichten nachkommen.
- (2)** Die Aufnahme eines Mitgliedes in den Verein erfolgt aufgrund einer schriftlichen Beitrittserklärung durch den Vorstand des Vereins.
- (3)** Die Mitglieder verpflichten sich einen jährlichen Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Die Höhe dieses Beitrages wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.
- (4)** Die Mitgliedschaft erlischt durch schriftliche Austrittserklärung an den Vorstand. Die Mitgliederversammlung kann ein Mitglied ausschließen, wenn es sich zu den Zielen des Vereins in Widerspruch setzt. Die Mitgliedschaft endet jeweils zum Ende des Kalenderjahres. Ein betroffenes Mitglied ist vor Ausschluß durch die Mitgliederversammlung zu hören.

§ 4 Organe des Vereins

- (1)** Organe des Vereins sind:
 - a) die Mitgliederversammlung
 - b) der Vereinsvorstand
- (2)** Die Wahlperiode des Vorstandes beträgt 4 Jahre. Er führt seine Aufgabe bis zur jeweiligen Neuwahl und Amtsübernahme weiter. Wiederwahl ist möglich.
- (3)** Bei Bedarf können Ausschüsse und Arbeitskreise gebildet werden.

§ 5 Die Mitgliederversammlung

- (1)** Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Sie ist das oberste Organ des Vereines und wacht über die Einhaltung der Satzung.
- (2)** Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, im Verhinderungsfalle von der/dem stellvertretenden Vorsitzenden einberufen und geleitet. Der Vorstand muß sie einberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder es schriftlich mit Angabe der Gründe verlangt.
Die Einladung muß schriftlich mindestens 20 Kalendertage vor der Sitzung den Mitgliedern zugehen und die Tagesordnung enthalten.
- (3)** Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten beschlußfähig. Hierauf ist bei der Einladung hinzuweisen.

(4) Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

(5) Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören insbesondere:

- Entgegennahme der Tätigkeitsberichte des Vorstandes
- Entlastung des Vorstandes
- Wahl des Vorstandes
- Genehmigung des Finanzplanes
- Bestellung von zwei Rechnungsprüfern für die Dauer einer Wahlperiode
- Beschluß über Erwerb und Veräußerung von Grundstücken/Häusern, sowie deren Belastung.
- Änderung der Satzung
- Auflösung des Vereins

(6) Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die das Wesentliche des Sitzungsverlaufs, Beschlüsse jedoch im Wortlaut, enthalten muß. Sie ist vom Vorsitzenden zu unterzeichnen und den Mitgliedern zuzustellen. Sie gilt als genehmigt, wenn innerhalb von 20 Kalendertagen nach Zustellung kein Widerspruch erfolgt.

§ 6 Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus folgenden Mitgliedern:

- a) dem/der Vorsitzenden
- b) dem/der stellvertretenden Vorsitzenden
- c) dem/der Schatzmeister/in
- d) vier Beisitzern/innen

(2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Er gibt sich eine Geschäftsordnung und kann sich zur Abwicklung der Vereinsgeschäfte eines/er Geschäftsführers/in bedienen.

(3) Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Je zwei Vorstandsmitglieder sind zur Vertretung des Vereins berechtigt, wobei einer der/die Vorsitzende oder der/die stellvertretende Vorsitzende sein muß.

(4) Sitzungen des Vorstandes finden mindestens dreimal im Jahr statt und werden vom Vorsitzenden, bei Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden einberufen und geleitet.

Die Einladung erfolgt, unter Einhaltung einer Frist von mind. 3 Kalendertagen.

(5) Der Vorstand ist beschlußfähig wenn mindestens 3 Vorstandsmitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder sein/die Stellvertreter/in anwesend sind. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit, bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

(6) Über die Sitzungen des Vorstandes ist eine Niederschrift anzufertigen, die das wesentliche des Sitzungsverlaufs, Beschlüsse jedoch im Wortlaut enthalten muß. Sie ist vom Vorsitzenden bzw. stellv. Vorsitzenden zu unterzeichnen und allen Mitgliedern des Vorstandes zuzuleiten. Sie gilt als genehmigt, wenn innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen kein Widerspruch erfolgt.

- (7)** Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören insbesondere:
- Führung der Vereinsgeschäfte nach den Beschlüssen der Mitgliederversammlung
 - Bei Bedarf, Einrichtung und Unterhaltung einer Geschäftsstelle
 - Bestellung eines Geschäftsführers
 - Erstellung Geschäftsordnung
 - Berichterstattung in der Mitgliederversammlung
 - Erstellung der Finanzplanung und der Jahresrechnung
 - Aufnahme von Mitgliedern
 - Bei Bedarf, Bildung von Arbeitskreisen und Ausschüssen

§ 7 Vereinsauflösung

(1) Ist die Durchführung der Aufgaben des Vereins unmöglich geworden, und soll der Verein aus diesem oder einem anderen Grunde aufgelöst werden, so ist zuvor allen Mitgliedern Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des steuerbegünstigten Zweckes fällt das Vereinsvermögen an den Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Rheinland-Pfalz-Saarland, der es im Sinne des § 2 dieser Satzung zu verwenden hat.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt aufgrund des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 11.9.1999 mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.